

Solidaritätserklärungen



Solidaritätserklärung der DKP Baden-Württemberg

24. August 2011

Solidarität mit dem Stuttgarter Antifaschisten in U-Haft!

Kriminalisierung von Antifaschisten einstellen! Nazis Verbieten! Chris sofort freilassen!

Von Freunden aus dem Linken Zentrum Lilo Herrmann in Stuttgart haben wir gehört, dass Christopher P. am 4. August 2011 auf der Straße verhaftet wurde und seitdem „wegen Fluchtgefahr“ in Untersuchungshaft sitzt. Trotz der offiziellen Unschuldsvermutung, gälten für ihn „verschärfte Haftbedingungen“ wie nur zweimal im Monat für je 45 Minuten Recht auf Besuchsempfang, Telefonverbot usw. Vorgeworfen würden ihm antifaschistische Aktivitäten.

Er habe aus Protest gegen das von der „Bürgerbewegung Pax Europa“ und „PI-News“ geplante „islamkritische Wochenende“, gemeinsam mit Anderen, vor Veranstaltungsbeginn, symbolisch und friedlich, die Bühne besetzt. Diese Aktion habe die Polizei mit einem brutalen Einsatz beendet. Dabei seien mehrere Antifaschisten verletzt worden. Vier von ihnen, darunter auch Christopher, hätten im Krankenhaus behandelt werden müssen.

Nach Darstellung der Polizei wäre dabei auch ein Polizist leicht verletzt worden und zwar durch Christopher. Das wäre ein Grund für die Untersuchungshaft.

Spätestens seit dem 30. September letzten Jahres, weiß die Öffentlichkeit, dass brutale Polizeieinsätze nicht nur ungeahndet bleiben, sondern auch mit falschen Beschuldigungen gegenüber deren Opfern begründet werden. Diese versucht man damit zu diffamieren und zu kriminalisieren. (Die damalige Behauptung, die Protestanten gegen Stuttgart 21, hätten mit Pflastersteinen geworfen, musste kläglich zurückgenommen werden, aber die Prozesse gegen friedliche Protestierer gingen weiter. Verurteilt wurden auch damals die Opfer. Die Täter des brutalen Polizeieinsatzes blieben unbehelligt.) Die Informationen im „Fall Christopher“ sind also durchaus glaubwürdig.

Die Staatsanwaltschaft wirft Christopher (wie wir hören) weiter vor, er sei auch an einer Auseinandersetzung vor dem Gründungsparteitag der Landesektion der rechtspopulistischen Partei „die Freiheit“ beteiligt gewesen.

Immer wieder schützen staatliche Institutionen (Verwaltungen, Polizei und Gerichte) Neonazis, mit der Begründung des Schutzes der Meinungsfreiheit. Faschismus ist aber keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Laut Artikel 9 des Grundgesetzes sind z.B. Vereinigungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, verboten.

Martin Niemöller, Präsident im ökumenischen Rat der Kirchen, den die Nazis ins KZ Sachsenhausen verschleppten, entwickelte sich damals, durch leidvolle eigene Erfahrungen, zum Widerstandskämpfer. Nach 1945 fasste er seine Erkenntnisse zusammen. Sinngemäß sagte er: „Als die Nazis die Juden holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude. Als sie die Kommunisten holten habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat, als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie die Katholiken holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Katholik. Als sie mich holten, war keiner mehr da, der protestieren konnte“.

Heute zu schweigen, wäre ein Verbrechen. Wir fordern: Schluss mit der Kriminalisierung und Diskriminierung von Antifaschisten. Statt dessen, Verbot aller neofaschistischen Parteien, Organisationen und Vereinigungen. Und:

Wir fordern die sofortige Freilassung von Chris

- DOKUMENTATION -

Solidaritätserklärung von Eberhard Schmid

24. August 2011

Solidarität mit dem Stuttgarter Antifaschisten in U-Haft!

Am Donnerstag, den 04. August 2011 wurde ein Antifaschist morgens auf dem Weg zum Bäcker verhaftet. Seither sitzt er in Untersuchungshaft in der JVA Stuttgart-Stammheim: Der Vorwurf lautet Körperverletzung, der Haftgrund Fluchtgefahr. Der Angeklagte beteiligte sich an den Aktivitäten gegen das von der „Bürgerbewegung PAX Europa“ und „PI-News“ geplante „islamkritische Wochenende“ vom 2.-5. Juni diesen Jahres in Stuttgart. Zusammen mit anderen AktivistInnen besetzte er friedlich, noch bevor die auf dem Schlossplatz stattfindende rassistische Kundgebung beginnen konnte, die Bühne der Veranstalter.

Für diese symbolische Aktion mussten die Beteiligten teuer bezahlen: Der jetzt Angeklagte, sowie drei weitere Menschen mussten nach der Festnahme auf der Bühne im Krankenhaus behandelt werden. Mindestens ein Dutzend weitere kamen hinzu, als die eingesetzten Polizisten brutal gegen mehrere hundert Antirassistinnen und Antirassisten vorgingen, die vor der Bühne ihren Protest lautstark kund taten.

In zwei Fällen mussten die Betroffenen über Nacht stationär aufgenommen werden. Nun wird dem Angeklagten vorgeworfen, in diesem Zusammenhang einen Polizeibeamten leicht verletzt zu haben. Zwei Tage später, am Sonntag den 5. Juni, fand in Stuttgart der Gründungsparteitag der Landesektion der rechtspopulistischen Partei „Die Freiheit“ statt. Personal und Inhalte dieser Partei überschneiden sich weitgehend mit dem Spektrum von „BPE“ und „PI-News“. Auch „Die Freiheit“ wirbt mit rechtspopulistischen, antiislamischen und nicht zuletzt rassistischen Positionen. Im Zusammenhang mit dem Parteitag kam es vor Ort zu einer Auseinandersetzung zwischen AntifaschistInnen und Parteimitgliedern – darunter der designierte und spätere Landesvorsitzende – in die der Angeklagte laut Staatsanwaltschaft ebenfalls involviert gewesen sein soll.

Wir fordern die Freilassung des Stuttgarter Antifaschisten!

Dieser Fall wäre nicht der erste, bei dem Linke mithilfe von Konstrukten kriminalisiert werden und auch nicht der erste bei dem damit Untersuchungshaft legitimiert wird. Der Angeklagte ist seit über einem Jahr u.a. kontinuierlich in der Bauleitung bei den Renovierungsarbeiten im Linken Zentrum Lilo Herrmann aktiv. In diesem Sinne kann man die U-Haft auch als Angriff gegen den Aufbau von selbstverwalteten Strukturen verstehen. Besonders dreist an dem Verfahren ist die Begründung der Untersuchungshaft mit Fluchtgefahr. Dass der Angeklagte beispielsweise eine Familie, eine langjährige Beziehung und Freunde in Stuttgart hat, wird dabei ebenso ignoriert wie sein fester Wohnsitz. Die vollkommen willkürliche Anwendung dieses Titels führt praktisch dazu, dass jede U-Haft legitimiert werden kann. Mit dem Vorgehen will die Staatsanwaltschaft andere AktivistInnen einschüchtern und den Angeklagten isolieren. In den überwiegenden Fällen der U-Häftlinge wird in den späteren Gerichtsverfahren keine Haftstrafe verhängt, was die Absurdität des Verweises auf Fluchtgefahr bei dem Angeklagten noch einmal untermauert. Für die Zeit in der Untersuchungshaft gelten für den Beschuldigten trotz der offiziellen Unschuldsvermutung verschärfte Haftbedingungen. So darf der Angeklagte beispielsweise nur zweimal im Monat für 45 Minuten Besuch erhalten, keine Telefongespräche führen und muss etwa zwei Wochen auf seine Post warten, die zuvor von Staatsanwaltschaft und Richter genauestens kontrolliert und analysiert wird. Wir werden das Verhalten von Staatsanwaltschaft und Polizei so nicht hinnehmen! Wir fordern die Freilassung des Angeklagten und rufen zu mehr Zivilcourage gegen Rassisten und Faschisten auf! Es kann nicht sein, dass diejenigen die sich Faschisten und Rassisten in den Weg stellen kriminalisiert werden, während rechte Hetzer ungestört und unter Polizeischutz ihre Propaganda auf die Straße tragen dürfen! Und noch weniger kann es sein, dass Antirassisten unter fadenscheinigen Begründungen wie eine nicht zu haltende Fluchtgefahr in U-Haft kommen!

Solidarität und Freiheit für den Angeklagten! Wir fordern die sofortige Entlassung aus der Untersuchungshaft!

Als GEW Mitglied und Mitglied in Solidarität International unterstütze ich gerne diese Erklä-

rung. Es ist erschreckend, wie der Staat gegen junge Antifaschisten vorgeht. Lilo Herrmann wurde einst als erste Mutter von der Nazijustiz zum Tode verurteilt, weil sie sich gegen die rassistische und diktatorische Politik der Faschisten wehrte.. Auch wenn die Zeiten von damals nicht mit denen von heute zu vergleichen sind, so erfüllt mich die Gefangennahme mit Sorge und Empörung: Du gehst morgens zum Bäcker und die Polizei wartet schon auf dich in der Straße nebenan. Du wirst ins Gefängnis gesteckt während deine Freunde und deine Familie zu Hause auf deine Rückkehr warten. Gleichzeitig werden bedenkenlos rassistischen Kräften, die den Boden bereiten für solche neofaschistischen Massaker wie in Norwegen, Versammlungsfreiheit und sogenannte Meinungsfreiheit eingeräumt statt sie zu verbieten.

Ich wünsche Chris viel Kraft- You never walk alone!

Eberhard Schmid

OStR a.D.

Solidaritätserklärung von Libertäres Bündnis Ludwigsburg (LB)²

24. August 2011

Getroffen hat es einen, gemeint sind wir alle

Am Donnerstag den 4. August wurde in Stuttgart Heslach ein Antifaschist in einer Bäckerei verhaftet. Ihm wird Körperverletzung in zwei Fällen während den Aktivitäten gegen den Rassistenkongress von PI-News, der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) und den Gründungsparteitag des Landesverbandes der rassistischen Partei „Die Freiheit“ vorgeworfen. Der Genosse selbst, sowie auch viele andere, wurden bei den mehrtägigen Protesten Opfer von willkürlichen Verhaftungen und massiver Polizeigewalt. Bei der Auftaktkundgebung der Rassisten gab es neben den üblichen Verletzungen wie Prellungen und Verätzungen durch Pfefferspray auch viele Platzwunden, da die PolizistInnen mit ihren neuen Teleskopschlagstöcken gezielt auf die Köpfe der AktivistInnen einschlugen.

Es ist mal wieder typisch für die Stuttgarter Verwaltung und Justiz, dass geistige Brandstifter ihre menschenverachtende Propaganda und rassistische Hetze ungestört und mit Unterstützung der Polizei durchführen können. Legitimer Protest von AntifaschistInnen aber mit Polizeigewalt und Repression überzogen wird.

Unsere Gedanken sind bei dem verhafteten Genossen. Wir wünschen ihm viel Mut und Kraft den Knast zu überstehen und hoffen ihn bald wieder auf der Straße zu treffen. Freiheit für den verhafteten Antifaschisten aus Stuttgart,

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Libertäres Bündnis Ludwigsburg (LB)²

Solierklärung der Ver.di – Jugend Stuttgart

8. September 2011

Wir, die Ver.di – Jugend Stuttgart, grüßen alle, Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde, Familie sowie alle Antifaschistinnen und Antifaschisten, die sich mit Chris solidarisch zeigen und ihn unterstützen.

Wir sind vollkommen schockiert über die aggressive und völlig überzogene Vorgehensweise der deutschen Justiz und ihren Marionetten.

Diese erinnert eher an einen schlechten Film aus Hollywood, ist aber leider die bittere Wahrheit, welche in den vergangenen Jahren als systematische Politik gegen denkende Menschen, vor allem aber gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten, angewandt wird.

Chris sitzt seit einem Monat in Untersuchungshaft. Die Begründung dafür sind seine angeb-

lich fehlenden sozialen Bindungen und die daraus folgende Fluchtgefahr.

Aber wir stehen heute hier und zeigen genau das Gegenteil. Chris ist nicht nur einer unserer Freunde, nein er ist auch Sohn, Bruder, aktives Ver.di – Jugend – Mitglied und Verlobter mit all seinen Bindungen in Stuttgart.

Das einzige, was man Chris vorwerfen kann ist: dass Chris ein Mensch ist, der nachdenkt und hinterfragt, der sich gegen Diskriminierung, Faschismus, Ausbeutung und Krieg engagiert und entschieden einsetzt.

Jeder, der heute hier ist, kann sich freuen, wenn er Chris zum Freund hat. Wir fordern Gerechtigkeit. Das Urteil heute kann nur lauten: „Freispruch“.

Antifaschismus bleibt legitim! Jetzt erst recht!
Freiheit für Chris!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Solidaritätserklärung von Karin Binder (MdB)

8. September 2011

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten,

Euer Engagement für die umgehende Freilassung des Antifaschisten Christopher P. unterstütze ich sehr. Die Proteste im Juni in Stuttgart gegen die Gründung eines Landesverbandes der rassistischen Partei "Die Freiheit" waren richtig und wichtig. Ich hoffe, dass der Vorwurf gegen Christopher P., im Rahmen dieser Proteste an Körperverletzungsdelikten beteiligt gewesen zu sein, bald entkräftet werden kann.

Dass Christopher am 4. August auf offener Straße verhaftet wurde, ist ein Skandal. Ebenso, dass er seitdem wegen angeblicher Fluchtgefahr in Untersuchungshaft sitzt. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart unterstellt ihm wider besseren Wissens "fehlende soziale Beziehungen". Christopher P. verfügt über einen festen Wohnsitz, hat feste familiäre Bindungen sowie eine langjährige Beziehung. Ich fordere die Zuständigen im Justizapparat Stuttgarts daher auf, Christopher P. umgehend aus der Untersuchungshaft zu entlassen!

Die Kriminalisierung antifaschistischen Engagement s muss endlich aufhören. Die Stuttgarter Polizei und der Justizapparat sollten sich ihn ihrer Aus- und Weiterbildung dringend mit unserer jüngeren deutschen Geschichte auseinandersetzen. Antifaschismus gehört unmittelbar zu unserer Demokratie und unseren Bürgerrechten und diese sind im Grundgesetz verankert. Das haben unsere Ordnungshüter und die Justiz zu schützen.

Stattdessen finden brutale Einsätze gegen "Stuttgart 21-GegnerInnen" oder gegen AntirassistInnen, die ebenfalls im Juni gegen die selbsternannte Bürgerbewegung "Pax Europa" protestierten, statt. So kam es bei den letztgenannten Protesten zu massiven Übergriffen durch die Polizei, die mit Schlagstöcken und Pfefferspray eine Gruppe Jugendlicher brutal attackierte. Diese Gruppe hatte mit friedlichen Mitteln eine Bühne der Rechtspopulisten in der Stuttgarter Innenstadt besetzt.

Auch vor diesem Hintergrund gilt meine volle Solidarität Christopher P., seinen Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunden und all denjenigen, die sich heute gegen Neofaschismus, Fremden- und Islamfeindlichkeit und gegen Krieg engagieren.

Karin Binder (DIE LINKE), Mitglied des Bundestages

Solidaritätserklärung der Vollversammlung des Jugendzentrums "Friedrich Dürer" in Selbstverwaltung Mannheim für den inhaftierten Genossen Chris

14. September 2011

Wir, die Vollversammlung des JUZ in Selbstverwaltung "Friedrich Dürer" Mannheim, senden dir hiermit unsere solidarischen Grüße!

Das Vorgehen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen legitimen und wichtigen antifaschistischen Widerstand halten wir für skandalös. Der Prozess gegen Chris soll unserer Meinung nach all jene einschüchtern und zum Schweigen bringen die aufstehen gegen rechte Hetze. Die schrecklichen Ereignisse in Oslo mahnen uns zur Pflicht den geistigen Brandstiftern und Wegbereitern solcher menschenverachtender Exzesse so früh wie nur möglich Einhalt zu bieten. Die Proteste im Juni in Stuttgart gegen die Gründung des Landesverbandes der rassistischen Partei "Die Freiheit" waren deshalb richtig und wichtig.

Wir fordern, Chris umgehend aus der Untersuchungshaft zu entlassen!

**Betroffen ist Chris, gemeint sind wir alle!
Solidarität sprengt alle Ketten!**

Solidaritätserklärung der Bottroper Montagsaktion

18. September 2011

Mit Empörung haben wir von dem Skandalurteil gehört und möchten Dir unsere Solidarität übermitteln. Des weiteren protestieren wir gegen die zunehmende Kriminalisierung von Antifaschisten und die massiven Polizeieinsätze zum Schutz von Faschistenaufmärschen, die auch noch von unseren Steuergeldern bezahlt werden. Wir fordern das Verbot aller faschistischen Organisationen, Deine sofortige Freilassung und werden Deinen Fall weiterhin in der Öffentlichkeit bekannt machen. Wir wünschen Dir alles Gute und für die Zukunft viel Kraft im antifaschistischen Kampf.

Solierklärung des Revolutionären Aufbaus (Schweiz)

18. September 2011

Solidarität mit unserem Genossen „Chris“!

Am 4. August 2011 wurde unser Stuttgarter Freund und Genosse Chris in Deutschland festgenommen und befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. Chris ist ein bekennender Antifaschist und kämpft seit Jahren gegen den Kapitalismus, reaktionäre Hetze und Faschismus.

Vorgeworfen wird ihm die Beteiligung an antirassistischen Protesten gegen einen „islamkritischen Kongress“ und den Gründungsparteitag des Landesverbandes der Partei „Die Freiheit“ Anfang Juni diesen Jahres. Im Rahmen dessen soll der Antifaschist an zwei Körperverletzungsdelikten beteiligt gewesen sein.

Der Rechtspopulismus ist im heutigen Europa die gängigste Art der Herrschenden ihre Macht und ihre Profite zu sichern. Rechtspopulistische Parteien vertreten mal offen, mal versteckter eine neoliberale Wirtschaftspolitik. Die Schuld für die aus dem Kapitalismus resultierenden Probleme, für die sie eigentlich verantwortlich sind, schieben die Herrschenden und ihre erwähnten Parteien auf Minderheiten wie MigrantInnen, SozialhilfebezügerInnen etc ab. Rassistische und reaktionäre Hetze ist ein Ausdruck davon.

Chris hat sich gegen die Gründung einer solchen Partei gewehrt und mit anderen AntifaschistInnen den Eingang zur ersten Parteitagung blockiert. Im Zuge dieser Blockade kam es zu

einem Handgemenge an welchem Chris laut Staatsanwaltschaft beteiligt gewesen sei.

Die Herrschenden und ihre Schergen sind nicht für zimperlichen Umgang mit ihren GegnerInnen bekannt. So auch diesmal nicht. Die Untersuchungshaft ist ein politischer Akt der Repression um all jene einzuschüchtern, welche dem Vormarsch der Rechten in Europa (und überall) nicht tatenlos zusehen wollen. Chris wurde getroffen, gemeint sind wir alle!

Gemeinsam gegen rechtspopulistische Parteien, ob sie Freiheit, SVP, FPÖ, Front National, Lega Nord oder wie auch immer heißen!

Kapitalismus zerschlagen – revolutionäre Perspektive erkämpfen!

Hoch die internationale Solidarität!

FREIHEIT FÜR CHRIS!

Revolutionärer Aufbau Schweiz

Arbeitsgruppe Antifa Zürich